

MEINUNGS-BÖRSE

Abfindung für Manager

Neid-Debatte zur falschen Zeit

PATRICK SCHLÜTTER

Esser, Sommer oder Kleinfeld: Die Manager der Dax-Konzerne brauchen sich selten um ihre Altersvorsorge Gedanken zu machen. Sie versenken Milliarden und erhalten Millionen. Kein Wunder, dass Politiker eine Deckelung der Abfindung auf eine Million fordern. Das klingt sozial. Das kommt in der Bevölkerung gut an.

Witzig ist nur, dass gerade SPD- und CDU-Vertreter diese ethische Parole ausgegeben haben. So schnell hat der deutsche Michel die 9,4 Prozent Diätenerhöhung nicht ver-

gessen. Okay, das sind keine Millionen, aber die schlechteste Ausgangslage für eine Neid-Debatte auf Kosten der Manager.

Sicher sind Esser, Sommer oder Kleinfeld eher auf der Seite der schwarzen Schafe deutscher Wirtschaftsgeschichte anzutreffen. Ihre Beispiele dürfen aber nicht dazu führen, Abfindungen der Wirtschaftselite über einen Kamm zu scheren. Ein Blick in die USA zeigt: Deutsche Manager sind preiswert. Erschreckend, aber Realität.

Schüco baut mit Eon neue Solarfabrik

■ **Bielefeld.** Das Bielefelder Unternehmen Schüco wird noch in diesem Jahr mit dem Bau einer Solarfabrik in Sachsen-Anhalt beginnen. Das berichtet der WDR. Die Firma investiert dafür mit dem Energieversorger Eon rund 100 Millionen Euro. In der Fabrik bei Magdeburg sollen etwa 130 Mitarbeiter Photovoltaik-Elemente herstellen. Schüco besitzt im Solarbereich bereits Produktionsstandorte in Bielefeld, Aachen und Weisfeld.

Citigroup muss 15 Milliarden abschreiben

■ **New York** (rtr). Die größte US-Bank Citigroup muss nach Einschätzung von Goldman Sachs wegen der Kreditkrise in den kommenden Monaten mit Abschreibungen in Höhe von 15 Milliarden Dollar rechnen. Neben den auch von der Citigroup im vierten Quartal erwarteten Wertberichtigungen von elf Milliarden Dollar sagten die Goldman-Analysten auch im ersten Quartal 2008 Abschreibungen in Höhe von vier Milliarden Dollar voraus.

RTL bietet bei türkischem Sender mit

■ **Frankfurt** (rtr). RTL ist in den Bieterwettbewerb um die türkische Mediengruppe ATV-Sabah eingestiegen. RTL ist einem türkischen Konsortium beigetreten, das an der Versteigerung der Gruppe teilnehmen will, zu der der TV-Sender ATV und die Tageszeitung „Sabah“ gehören. Der türkische Staatsfonds TMSF hatte die Vermögenswerte der Mediengruppe konfisziert und will das Unternehmen für mindestens 1,1 Milliarden Dollar versteigern.

Russischer Milliardär steigt bei der TUI ein

■ **Hannover** (dpa). Der russische Milliardär und Eigentümer des Stahlkonzerns Severstal, Alexej Mordaschow, ist mit einem Drei-Prozent-Anteil bei TUI eingestiegen. Die Beteiligung sei der erste Schritt zu einer strategischen Partnerschaft und unterstütze den Kurs des TUI-Managements, hieß es. TUI-Chef Michael Frenzel erklärte, die neue Verbindung eröffne neue Möglichkeiten auf dem russischen Markt.

„Lieferanten zahlen für die Fusion“

Netto/Plus: Kartellamt soll eingeschaltet werden

■ **Berlin** (dpa). Die Produzenten von Markenartikeln befürchten durch den Zusammenschluss der Discounter Netto und Plus einen wachsenden Preisdruck. Der Markenverband forderte deshalb das Bundeskartellamt auf, die mehrheitliche Übernahme der Tengelmann-Tochter Plus durch Edeka sehr genau zu prüfen. Schon jetzt sei die Edeka-Gruppe mit einem Umsatz von mehr als 35 Milliarden Euro mit Abstand die Nummer 1 im Lebensmittelhandel. Viele Markenartikelhersteller machten 30 Prozent und mehr ihres Umsatzes mit Edeka. Diese Position werde durch

die Zusammenarbeit mit Plus weiter gestärkt. Für die Käufer könne dies langfristig negative Auswirkungen auf Auswahl und Preise haben. In der Vergangenheit hätten nachfragestarke Einzelhändler Fusionen immer dazu genutzt, eine Verbesserung ihrer Einkaufsbedingungen durchzusetzen, sagte der Präsident des Markenverbandes, Franz-Peter Falke. „In vielen Fällen haben damit die Lieferanten die jeweiligen Fusionen faktisch bezahlt.“ Im Markenverband sind nach eigenen Angaben Produzenten aus dem Konsumgüterbereich mit einem Jahresumsatz von rund 250 Milliarden Euro zusammengeschlossen.

PERSÖNLICH



■ **Jürgen Großmann** (55), Vorstandschef der RWE AG, hat im großen Stil Aktien des zweitgrößten deutschen Versorgers erworben. Großmann habe am Freitag für rund 1,7 Millionen Euro 20.000 RWE-Aktien gekauft, teilte der Konzern mit. Durch die Absage des Börsengangs der US-Wassertochter American Water war der Aktienkurs zuvor eingebrochen. FOTO: DPA



■ **Christoph Halstrick** (48), Jurist und Banker, tritt die Nachfolge von Thomas Elshorst in der Geschäftsführung der Commerzbank Bielefeld an. Zuvor hatte der Vater zweier kleiner Kinder für die Commerzbank das Firmenkundengeschäft in der Region Kiel betreut. Sein Bielefelder Vorgänger Elshorst (57) tritt nach 29 Jahren bei der Commerzbank in den Ruhestand.



■ **Wolfgang Porsche** (64), Gesellschafter des Autokonzerns, ist als Aufsichtsratschef der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG bestätigt worden. Wolfgang Porsche ist zudem Vorsitzender des Aufsichtsrats der neuen Muttergesellschaft Porsche Automobil Holding SE. Diese neue Obergesellschaft hält neben der Porsche AG auch die Anteile an VW (bisher 31 Prozent). FOTO: DPA



Warten auf Sonne: Photovoltaik-Anlagen produzieren Strom aus Licht. Das ist zwar sauber, funktioniert aber nicht zum Nulltarif.

FOTO: DDP

Strom bleibt teuer – egal aus welcher Quelle

■ **Düsseldorf** (AP/ddp). Die deutschen Stromversorger haben ihre Durchschnittserlöse für die Energie aus der Steckdose innerhalb von sechs Jahren um mehr als 40 Prozent gesteigert. Allein 2006 wuchsen sie um 7,3 Prozent an. Das geht aus der vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Auswertung der Durchschnittserlöse je Kilowattstunde in den Jahren 2000 bis 2006 hervor. Nach Angaben der Statistiker stieg der Durchschnittserlös aus der Stromlieferung an die privaten Haushalte in Deutschland seit 2000 um 34,9 Prozent auf 15,23 Cent je Kilowattstunde. Doch auch für Photovoltaik-Anlagen zahlen die Verbraucher nach Angaben des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung drauf. Für die Förderung seien bereits bis Ende dieses Jahres Zahlungsverpflichtungen von rund 20 Milliarden Euro aufzulösen.

Gerichtsurteil beendet Existenznot

Wohnungskäufer gewinnt gegen Firma Köllner / OLG Hamm bestätigt Landgericht Bielefeld

VON MARTIN KRAUSE

■ **Harsewinkel/Bielefeld.** Der Gütersloher Hans-Albert Gröning (56) ist nur einer von tausenden Kunden, die von dem Harsewinkeler Immobilienunternehmen Köllner eine Eigentumswohnung gekauft haben. Viele wurden von dem Geschäft schwer enttäuscht. Hunderte haben in den vergangenen Jahren gegen das Unternehmen und seinen Gründer Herbert Köllner geklagt, um den Kauf wieder rückgängig zu machen. Gröning gehört zu den Ersten mit einem rechtskräftigen Erfolg.

Der arbeitslose Maurer Gröning erhält mehr als 118.000 Euro (Kaufpreis plus Zinsen) – die als minderwertig empfundene Eigentumswohnung gibt er dafür zurück. Das Geld braucht er zum größten Teil, um sein Darlehen wieder abzulösen. Die 6. Zivilkammer des Landgerichts Bielefeld stellte fest, dass die Firma Köllner ihre Beratungspflichten verletzt hat. „Meinem Mandanten sind unter anderem Mieteneinnahmen versprochen worden, die der tatsächlichen ungünstigen Entwicklung nicht entsprachen“, erklärt Grönings Bielefelder Rechtsanwältin Juliane Brauckmann.

Doch der Reihe nach: Im Jahr 2003 bekam der alleinstehende Kläger in seiner kleinen Mietwohnung Besuch von einer Mitarbeiterin der Firma Köllner. „Sie wollte mit mir über die Möglichkeiten sprechen, Steuern zu sparen“, erinnert sich Gröning. Tatsächlich überzeugte die Besucherin ihren Kunden vom Kauf einer vermieteten Eigentumswohnung (97 Quadratmeter) in Springe bei Hannover als Altersvorsorge. Innerhalb von 14 Jahren sollte der damals 52-jährige Mann in der Lage sein, den Kredit über den Kaufpreis von 106.700 Euro zurückzuzahlen, so warb die Beraterin.

Gröning wurde nicht misstrauisch, selbst dann nicht, als Köllner ein zinsloses Darlehen von rund 9.000 Euro zur Verfügung stellte – damit Gröning in den Kauf 5.700 Euro „eigene Mittel“ einbringen und kleinere Konsumkredite tilgen konnte. Eine Bank gab ihm 101.000 Euro Kredit und verlangte monatlich für Zins und Tilgung 234 Euro sowie mehr als 290 Euro im Monat aus dem Mietpool des Köllner-Komplexes in Springe.



Kann Akte schließen: Hans-Albert Gröning wohnt selbst in einer kleinen Wohnung. Er erhält sein Geld inklusive Zinsen zurück. FOTOS: MIKA

Kaum ein halbes Jahr nach dem Kauf begann für Gröning der Ärger: Ein Schreiben offenbarte „Leerstände“ in Köllners Wohnungskomplex und wegen mangelnder Mieteinnahmen eine „Unterdeckung“ des Miet-

pool, dem Gröning hatte beitreten müssen. Die Gewinnausschüttung wurde um gut 60 Euro monatlich gekürzt. Wenig später wurde noch eine Nachzahlung in Höhe von gut 900 Euro fällig. Der inzwischen arbeitslose Gröning geriet in die Bredouille, konnte die Belastung nicht mehr tragen – und seine Bank drohte mit Zwangsversteigerung.

Ein halbes Jahr nach dem Kauf kam der Ärger

Gröning erzählt, sein Mieter, ein Ingenieur, habe 45.000 Euro für den Kauf geboten – viel Geld wäre nötig, um die Wohnung aufzumöbeln, meint der Mieter. Das Landgericht stellte später fest, dass Köllner die negative Entwicklung des Wohnobjektes längst kannte, aber den Käufer nicht darauf hingewiesen hatte. Der zuständige Richter gewann den Eindruck, dass Gröning „sehenden Auges“ in wirtschaftliche Schwierigkeiten geführt worden sei, so das Urteil.

Ob Köllners Vorgehen ein System hat? Jedenfalls sind hunderte unzufriedene Kunden vor Gericht gezogen. Sie klagten über falsche Beratung, gebrochene Versprechen, völlig überhöhte Preise oder einen maroden Zustand der Wohnungen. In vielen Fällen verwickelten die Harsewinkeler die Kläger in einen juristischen Marathon



Vertritt Köllner-Kläger: Rechtsanwältin Juliane Brauckmann.

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesgerichtshof und zurück – mitunter jahrelang. Dutzende Fälle landeten beim OLG Hamm. Aber auch die Oberlandesgerichte in Celle und Oldenburg, Düsseldorf und Hamburg kennen Köllners Kunden. Manche Kläger haben nach anfänglichen Niederlagen aufgegeben oder einen Vergleich akzeptiert und ihre Klage für wenige tausend Euro zurückgezogen.

Gröning hatte Glück: Das Landgericht Bielefeld gab ihm in erster Instanz im April 2007 recht. Das OLG Hamm wies die Berufung der Köllner & Co. KG jetzt nach Paragraph 522 der Zivilprozessordnung ohne eine neue mündliche Verhandlung mangels Aussicht auf Erfolg zurück. Der Beschluss ist rechtskräftig und nicht mehr anfechtbar. „Die existenziellen Sorgen meines Mandanten haben durch den richtungswisenden Beschluss des OLG Hamm ein überraschend schnelles Ende gefunden“, freut sich Anwältin Brauckmann. Sie glaubt, dass die Entscheidung Signalwirkung hat – auch für andere Kläger, die noch um eine Rückabwicklung kämpfen. Allein in Bielefeld sind noch rund 100 Verfahren anhängig, wie das Landgericht mitteilte.

Herbert Köllner hat sich bisher nicht geäußert. „Ich muss mich erst sachkundig machen“, sagte er auf Anfrage vor mehr als einer Woche – und war seitdem nicht mehr zu erreichen.

AZ: 22 U 98/07, OLG Hamm, AZ: 60 I 27/06 LG, Bielefeld.

Deckel für Manager-Abfindungen gefordert

SPD und CDU sprechen von „sozialem und ethischem Skandal“

■ **Berlin** (AP). Bundestagsgeordnete von SPD und Union wollen die Abfindungen von Spitzenmanagern begrenzen. „Millionenabfindungen für Manager, insbesondere für solche, die wegen schlechter Leistungen gehen müssen, sind ein sozialer und ethischer Skandal“, kritisierte am Montag der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, in Berlin. Er unterstützte ausdrücklich den Vorschlag des Unions-Abgeordneten Gerald Weiß von der CDU-Arbeitnehmergruppe, die steuerliche Abzugsfähigkeit für solche Abfindungen zu begrenzen.

„Dieser Punkt sollte in der Tat geprüft werden“, erklärte Poß. Weiß stelle zu Recht die Frage, ob es denn angehen könne, dass sämtliche Steuerzahler dafür auch noch indirekt zur Kasse gebeten werden. „Denn als Betriebsausgaben schmälere die Riesenabfindungen nicht nur den Gewinn der Anteilseigner, sondern sie schmälern auch die Steuerlast der Unternehmen selbst“,

monierte Poß. Es sei erfreulich, dass die CDU-Sozialausschüsse in diesem Fall die sozialen und auch ethischen Komponenten einer Lohn-Debatte erkennen würden.

„Es wäre wünschenswert dieses in gleicher Deutlichkeit auch zum Thema Mindestlohn zu hören, bei dem es neben wirtschaftlichen Aspekten eben auch genau hierum geht“, sagte Poß.

Weiß hatte der *Financial Times Deutschland* gesagt: „Es ist nicht länger sozial-ethisch vertretbar, wenn Leute, die zum Teil Millionen in den Sand setzen, dafür fürstlich abgefunden werden.“

Weiß plädierte dafür, Managerabfindungen nur noch bis zu einer bestimmten Höhe als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar zu machen. Höchstgrenze könnte eine Million Euro sein.

Das wäre nach seinen Worten ein Anreiz für Unternehmen, sparsamer mit den Abschiedsgeschenken umzugehen.

Die CDU-Arbeitnehmergruppe im Bundestag, der Weiß vorsitzt, will nun Anfang März in ihrer Klausurtagung einen konkreten Vorschlag präsentieren. „Wir sehen darin ein wichtiges sozialpolitisches Projekt“, sagte Weiß. > *Meinungs-Börse*



Charles Prince: Der ehemalige Vorstandschef der US-Bank Citigroup erhielt nach seinem Rauschmiss 40 Millionen Dollar.



Ron Sommer: Der Ex-Telekom-Chef hat statt einer Abfindung seine Bezüge in Höhe von 11,6 Millionen Euro erhalten.



Klaus Esser: Der Ex-Mannesmann-Chef strich eine Anerkennungsprämie von 15 Millionen Euro statt einer Abfindung ein.

Ferrari drosselt Emissionen

■ **Frankfurt** (rtr). Ferrari will den Schadstoffausstoß seiner Autos drastisch herunterfahren. „Wir wollen den Spritverbrauch der Autos bis 2012 um 10 Prozent senken“, kündigte der Geschäftsführer des italienischen Sportwagenbauers, Amedeo Felisa, auf einem Branchentreffen in Frankfurt an. Der Kohlendioxid ausstoß von neuen Ferraris soll im Schnitt von derzeit 400 Gramm auf unter 300 Gramm pro Kilometer schrumpfen.

Den von der EU geplanten Grenzwert von 120 Gramm Kohlendioxid je Kilometer würde der zum Fiat-Konzern gehörende Sportwagenbauer trotzdem deutlich verfehlen. Sportwagenhersteller wie Porsche haben das gleiche Problem. Erreichen will Ferrari das Ziel durch den Einsatz neuer Antriebstechnik, kompaktere Bauweise sowie leichtere Materialien. Helfen soll die Start-Stopp-Technik, die den Motor etwa an Ampeln automatisch abschaltet. Ferrari will 2007 über 6.000 (Vorjahr: 5.600) Wagen verkaufen.